

Niederschrift Nr. 29 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 30.09.2010
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:45 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Grix, Helga

SPD-Fraktion

Meinen, Regina
Meyer, Elfriede
Scheffel, Enno

CDU-Fraktion

Risius, Andrea

FDP-Fraktion

Hoofdmann, Erwin für Ralf Fooken

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Grundmandat

Schild, Walter

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat

Graf, Wilfried für Stephan-Gerhard Koziolk

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Erb, Martin

Jacobs, Marion Vertreterin Pro Familia Beratungsstelle
Emden

Kruse, Helga Vertreterin Stadtsportbund Emden

Beratende Mitglieder

Dietz, Ralf-Günter

Engelberts, Birte

Spannhoff, Dagmar

Ouedraogo, Abdou

Wilts, Elfriede

Reibe, Ulf

Sprengelmeyer, Thomas

Untere Schulbehörde

Vertreterin der ev.-ref. Kirchengemeinde

Kath. Kirchengemeinde

Vertreter der Interessen ausländischer Kinder
und Jugendlicher

Vertreterin der Interessen behinderter Kinder
und Jugendlicher

Stadtjugendpfleger

Leiter des Jugendamtes

von der Verwaltung

Frein, Markus

Philipps, Egon

Ubber, Wolfgang

Eggert, Marion

Protokollführung

Jetses, Karin

Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Gäste

Kiehm, Gerhard
Kühl-Kreutzberger, Christine

Geschäftsführer des Studentenwerkes Oldenburg
Leiterin der Kita Constantia

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Grix eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 28 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 19.08.2010

Beschluss:

Die Niederschrift Nr. 28 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 19.08.2010 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 6. Ausbaustufe nach dem Tagesbetreuungsausbaugesetz
- Neubau einer Krippe mit 32 Krippenplätzen Kita Constantia
Vorlage: 15/1469/1

Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Herr Ubben verweist auf die Vorlage 15/1469, die in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.02.2010 an die Fraktionen verwiesen worden sei. Im Anschluss daran seien diverse Gespräche mit dem Studentenwerk Oldenburg geführt worden, deren Ergebnisse der Vorlage 15/1469/1 zu entnehmen seien.

Er entschuldigt sich für einen redaktionellen Fehler der Verwaltung in der Vorlage 15/1469/1: Der Neubau der Krippe beinhalte nicht 32, sondern 31 neue Plätze. Dies habe zur Folge, dass die Erstattung des Bundes/des Landes nach der Richtlinie Investition Kinderbetreuung (RIK) nicht 464.000,-- € sondern 449.500,-- € betrage. Die Gesamtkosten des Neubaus blieben unverändert. Die Planung stelle das Minimum dar, um die heute gültigen Standards – gerade unter Berücksichtigung des Themas „Inklusion“ - zu erfüllen. Sowohl das Studentenwerk Oldenburg als auch die Stadt Emden seien bemüht gewesen, hier eine gute und einvernehmliche Lösung zum Wohle der Kinder zu finden.

Herr Kiehm, Geschäftsführer des Studentenwerkes Oldenburg, erklärt, das o. a. Projekt habe für das Studentenwerk eine große Bedeutung:

Zum einen habe das Studentenwerk Oldenburg ein großes Interesse daran, Betreuungsplätze für studierende Mütter und Väter zu schaffen. Zum anderen sei die Verlagerung der Plätze, die sich momentan in der Hochschule befänden, aufgrund Platzmangels der FH von großer Notwendigkeit. Außerdem stände die Fachhochschule Emden/Leer in einem erheblichen Wettbewerb mit anderen Hochschulen und er hoffe, die Attraktivität mit dieser Maßnahme fördern zu können.

Frau Kühl-Kreutzberger; Abteilungsleiterin der Kindertagesstätte, erläutert ausführlich das Projekt. Sie wünsche sich, dass auch in den Emdener Krippengruppen irgendwann inklusiv gearbeitet werde. Zurzeit gäbe es ein Modellprojekt des Landes Niedersachsen, in dem die Rahmenbedingungen erforscht würden, die notwendig seien, um auch behinderte Kinder in Krippen betreuen zu können. Die Kita müsste dann den Personalschlüssel entsprechend den Bestimmungen aufstocken.

Herr Bömack, Leiter der Abteilung „Bau und Technik“, geht anschließend auf die Beleuchtung des Neubaus ein.

Frau E. Meyer erkundigt sich nach dem Verhältnis der Anzahl der Krippen- und Kindergartenkinder. **Frau Kühl-Kreutzberger** erklärt, dass die Kita Emden zurzeit 27 Krippenkinder und 50 Kindergartenkinder betreue. Wie viele externe Kinder aufgenommen werden könnten, hänge davon ab, wie viele schulpflichtige Kinder sich im Kindergarten aufhielten. In diesem Jahr hätte es viele schulpflichtige Kinder gegeben, so dass nach den Sommerferien vielen externen Kindern ein Kindergartenplatz angeboten werden konnte.

Frau E. Meyer möchte wissen, ob die Kinder ihre Mahlzeiten in der Küche einnähmen. **Frau Kühl-Kreutzberger** erwidert, Krippenkinder würden in der Regel in ihren Gruppen mit den ihnen vertrauten Personen essen. Die etwas älteren Kinder würden gerne auch in der Küche essen.

Herr Kiehm lädt den Jugendhilfeausschuss zur offiziellen Einweihung der Oldenburger Kita

am 09.11.2010 in das Studentenwerk Oldenburg

ein. Es lohne sich, dort vorbeizuschauen, da die Bauweise sehr ähnlich sei.

Herr Schild möchte bezüglich des gesetzlich vorgeschriebenen schrittweisen Aufbaus eines bedarfsgerechten Betreuungsangebotes für bundesweit durchschnittlich 35 % der Kinder wis-

Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

sen, wie viel Prozent mit der Schaffung der 31 Plätze „abgearbeitet“ worden seien. **Herr Ubben** antwortet, bis zum Jahr 2013 müssten ca. 350 Plätze in Kindertageseinrichtungen bzw. – tagespflege geschaffen werden. Hiervon sollten 2/3 in Tageseinrichtungen und 1/3 in Tagespflege entstehen. Die Planung sehe 260 Plätze in Tageseinrichtungen und 90 Plätze in Tagespflege vor. Nach Erweiterung der Kita Constantia seien insgesamt 190 Plätze in Tageseinrichtungen und 47 Plätze in Tagespflege (unter 3 Jahren) geschaffen worden.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die in der Anlage zur Vorlage 15/1469/1 beigefügte Planung des Neubaus einer Krippe mit insgesamt 32 neuen Plätzen in Trägerschaft des Studentenwerkes Oldenburg an die bereits bestehende Einrichtung Kita Constantia.

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Jugendbüro - Jugendberufshilfe
Vorlage: 15/1729

Herr Sprengelmeyer erinnert an den Tag der offenen Tür am 08.09.2010 in der Alten Post und bedankt sich bei den Vertretern der Fraktionen, die hieran teilgenommen hätten. Anschließend geht er auf die Arbeit im Jugendbüro ein. Letztlich gehe es darum, die jungen Menschen in der Entwicklung einer eigenen und eigenständigen Lebensqualität zu begleiten. Ein weiteres Ziel sei die berufliche Integration.

Herr Phillips meint, erwähnenswert sei, dass die Stadt Emden zu den 45 landesweit vorhandenen Standorten der Pro-Aktiv-Centren und den 200 Standorten gehöre, die im Bundesgebiet die bundesgeförderten u. a. Programme betreiben würde, denn es sei nicht überall möglich, an den Förderprogrammen teilzunehmen. Aus der aktuellen Sicht sei mit Kosten in Höhe von 390.000,-- € zu rechnen. Seitens des Bundes bzw. Landes könnten diese Programme im Rahmen von Fördermaßnahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) zu 45 % gefördert werden, so dass von einem städtischen Eigenanteil in Höhe von ca. 210.000,-- € auszugehen sei. Da die Ergebnisse dieser Arbeit schlecht „abgemessen“ werden könnten, verbiete es sich aus seiner Sicht, eine reine Wirtschaftlichkeitsberechnung aufzustellen. Dennoch werde natürlich geschaut, wo Jugendliche mit einem positiven Ergebnis verabschiedet werden könnten.

Positiv sei auch die Zusammenarbeit mit der ARGE. Sowohl am Tag der offenen Tür am 08.09.2010 als auch in der täglichen Zusammenarbeit werde immer wieder unterstrichen, dass die Arbeit dort funktioniere. Außerdem hätten in diesem Sommer auch Vorort-Kontrollen gezeigt, dass das Gesamtkonzept der Verwaltung positiv gesehen werde.

Frau Eggert geht anschließend auf die drei Zielgruppen des Jugendbüros ein:

- a) Schulverweigerung – Die 2. Chance (für 12 – 14-jährige)
- b) Übergang Schule/Beruf (für 14- 17jährige)
- c) Langzeitarbeitslose (für 17 – 27jährige)

Die Teilnehmer der Zielgruppen hätten in der Regel eine problematische Lebensgeschichte hinter sich, die u. a. zu Verweigerung, Abbrüchen und Isolierungen geführt hätten. In allen drei Bereichen würde mit individuellen und konfrontativen Einzelgesprächen gearbeitet, um den Jugendlichen so schnell wie möglich die benötigte Unterstützung zu geben. Außerdem seien für besonders benachteiligte Jugendliche spezielle Kompetenzfeststellungsverfahren entwickelt worden.

Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Schwerpunkt bei den Jüngsten sei eine aktive Elternarbeit. Es würden daher Hausbesuche und Gespräche mit den Eltern (sowohl mit als auch ohne Kind) durchgeführt, so dass die Eltern in die gesamte Problematik mit eingebunden würden.

Anschließend geht sie auf die Arbeit mit den Langzeitarbeitslosen (Ziff. c) im Pro-Aktiv-Center ein. Danach erläutert sie die Teilnehmerliste des Jugendbüros 2009:

Beratung:	342 Teilnehmer/innen
Casemanagement	250 Teilnehmer/innen
Casemanagement positiv abgeschlossen	147 Teilnehmer/innen

Sie lobt den Aufbau eines effektiven, wirkungsvollen und gut funktionierenden Hilfesystems im Jugendbüro.

Frau E. Meyer erkundigt sich nach dem Sachstand einer Co-Finanzierung. **Herr Phillips** weist auf die Gesamtübersicht in der Vorlage 15/1729. Eine Co-Finanzierung der ARGE sei leider „weggebrochen“, hier hoffe die Verwaltung aber noch auf eine Entscheidung. Die rechtliche Situation sei dort allerdings nicht so einfach greifbar. Weiter möchte **Frau E. Meyer** wissen, wie lange die jungen Erwachsenen in der Regel begleitet würden. **Frau Eggert** erklärt, dies sei sehr unterschiedlich. Eine Person werde nicht mehr begleitet, wenn sie nicht mehr in der Statistik geführt werde bzw. das Casemanagement ende.

Herr Dietz lobt das Jugendbüro. Die Kooperation zwischen dem Jugendbüro und den Schulen sei sehr gut. Dies liege seiner Meinung nach auch an der unbürokratischen Arbeit des Jugendbüros. **Herr Ouedraogo** meint, die Kinder und Jugendlichen, die die Schule nicht besuchten, hätten im Jugendbüro die Möglichkeit, sich an ihre zukünftigen Berufe heranzutasten. **Herr Schild** schließt sich dem Lob seiner Vorredner an. Hier sei die Kompetenz von vier verschiedenen Orten - gebündelt an einem Ort, der von den Jugendlichen gar nicht so als ein Ort der Aufgabenerledigung wahrgenommen werde.

Herr Graf möchte wissen, aus welchen Familienverhältnissen die Jugendlichen kämen. **Frau Eggert** erwidert, dass ca. 60 % der Jugendlichen aus Familien stammten, die ALG II erhielten. Dies differenziere sich nach den einzelnen Einrichtungen. Im Pro-Aktiv-Center seien es sogar 70 %. Bei der Zielgruppe „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ (Ziff. a) sowie der Zielgruppe „Übergang Schule/Beruf“ (Ziff. b) seien alle gesellschaftlichen Schichten vertreten.

Beschluss:

Die seitens der Stadt Emden durch das Jugendbüro des Fachdienstes Jugendförderung wahrgenommene Aufgabe der Jugendberufshilfe ist in der bisherigen Form weiter fortzuführen. Die anteilige Finanzierung im Rahmen der hier durchgeführten Projekte (Pro-Aktiv-Center, Kompetenzagentur, Schulverweigerer – 2. Chance) ist durch die Bereitstellung kommunaler Haushaltsmittel sicherzustellen.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 7 Verfahren zur Umsetzung des Gesetzes zur Förderung der Gesundheit und Verbesserung des Schutzes von Kindern in Niedersachsen (NFrüherkUG).
Vorlage: 15/1733

Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Herr Sprengelmeyer erklärt, obwohl die Teilnahme an den Früherkennungsuntersuchungen freiwillig sei, werde der örtliche Träger der Jugendhilfe darüber informiert, welche Kinder nicht an den Vorsorgeuntersuchungen teilgenommen hätten. Dies stelle für die Jugendämter eine gewisse Herausforderung dar, denn hier würden nichtige Anlässe genommen, um in die Privatsphäre von Familien einzudringen. Gleichwohl müsse seitens der Stadt Emden mit diesem Gesetz jetzt umgegangen werden.

Anschließend erläutert **Herr Frein** ausführlich den Verfahrensablauf (Anlage zur Vorlage 15/1733). Er weist darauf hin, dass die Erziehungsberechtigten der Datenübermittlung an die Jugendämter nach Durchführung der Untersuchungen widersprechen könnten. Ihm lägen mittlerweile 14 Meldungen über nicht durchgeführte Früherkennungsuntersuchungen vor. Dies bedeute, dass seitens des FD Sozialer Dienst innerhalb von 10 Tagen ein Kontakt mit den Eltern hergestellt werden müsse. Er hoffe, bis Ende des Jahres über die Entwicklung der Fallzahlen berichten zu können. Die Stadt Emden werde sich aber auf jeden Fall an der Evaluation der Arbeitsgemeinschaft der Jugendämter beteiligen, die für das 1. HJ 2011 geplant sei.

Herr Sprengelmeyer geht auf die Brisanz der Hausbesuche ein, wenn die Familien auch beim zweiten oder dritten Mal nicht angetroffen würden. Ein weiteres Problem sei, wenn die Sorgeberechtigten nicht bereit seien, mit der Verwaltung zusammen zu arbeiten. Der dritte Fall sei, wenn zwar die Sorgeberechtigten angetroffen würden, das Kind aber – auch bei weiteren Hausbesuchen – abwesend sei. Für die Jugendämter sei es eine enorme zusätzliche Arbeit, die hier zu leisten sei. Er kündigt zu Beginn des Jahres 2011 einen Bericht an.

Frau E. Meyer möchte bezüglich der Einführung des neuen Gesetzes wissen, ob hier mit einer Unterstützung des Landes zu rechnen sei. **Herr Sprengelmeyer** verneint dies, denn das Land erteile keinen Auftrag, sondern informiere die Kommunen lediglich über die Nichtteilnahme an der Vorsorgeuntersuchung. Inwieweit die Jugendämter dann aktiv würden, sei jeder Kommune selber überlassen. Im Übrigen mussten u. a. für diese Aufgabe 13 Bedienstete eingestellt werden, die bereits vom Land finanziert würden.

Herr Ouedraogo spricht sich für ein Gesetz aus, das alle Eltern verpflichten würde, mit ihren Kindern an den Früherkennungsuntersuchungen teilzunehmen. **Herr Sprengelmeyer** bemerkt, die Eltern seien nicht daran gebunden, die Früherkennungsuntersuchungen in Emden durchführen zu lassen. Dies sei auch in jeder anderen Kommune bzw. jedem anderen Bundesland möglich.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 8 Bericht über die Kinder- und Jugenderholungsfreizeit des Eltern- und Kinderzentrums Wackelpeter e. V.
Vorlage: 15/1730

Herr Reibe erläutert, dass die Kinder- und Jugenderholung in den letzten Jahren einen erheblichen Bedeutungszuwachs erfahren hätte, weil immer mehr Eltern und Familien Schwierigkeiten bei der Finanzierung von Erholungsmaßnahmen für ihre Kinder hätten. Dies sei sicherlich begründet darin, dass die Arbeitslosigkeit gestiegen sei und die Armut wachse. Aus diesem Grunde hätte die Stadt Emden im Jahr 2010 drei Kinder- und Jugenderholungsmaßnahmen zugestimmt. Diese würden ca. 22.000,-- € kosten. Für die Maßnahmen, die jetzt hier gleich vorgestellt würden, seien ca. 15.000,-- € vorgesehen. Dies sei auch der Anlass gewesen, speziell diese Maßnahme heute zu präsentieren.

Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Er verweist auf die Präsentation des Volksbundes über die internationale Begegnung in Lisieux/Frankreich in der Jugendhilfeausschusssitzung am 22.09.2009 (TOP 9) und schlägt vor, Präsentationen dieser Art zu einer Tradition im Jugendhilfeausschuss zu machen. So könnten die Ausschussmitglieder einen Einblick in die Arbeit erhalten, die vor Ort geleistet werde.

Frau Raith-Koetz, Leiterin der o. a. Freizeit, gibt einen ausführlichen Bericht über die Kinder- und Jugendfreizeit Könning in Freren/Emsland. Der Bericht wird als Anlage 1 dem heutigen Protokoll angehängt. Im Anschluss daran wird ein Film der o. a. Freizeit gezeigt.

Herr Ouedraogo begrüßt die Möglichkeit der Kinder und Jugendlichen, sich auf solchen Freizeiten zu erholen. Er möchte wissen, inwieweit sich die Eltern an den Freizeiten finanziell beteiligten. **Frau Raith-Koetz** antwortet, dass der Teilnehmerbeitrag einkommensabhängig sei.

Herr Reibe lobt die Arbeit der Eltern- und Kinderzentrum – Wackelpeter e. V. Dieser Träger würde sämtliche Arbeiten (die Buchungen, die Organisation der Essensversorgung usw.) selbstständig erledigen. **Frau Eggert** bedankt sich bei der Stadt Emden für die Schulverweigerin, die vorübergehend – bis zu ihrer Integration - im Eltern- und Kinderzentrum – Wackelpeter e. V. mitarbeiten dürfe.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 9 Situation Mehrgenerationenhaus in Emden;
- Antrag der SPD-Fraktion vom 01.09.2010
Vorlage: 15/1727

Frau Risius hat für den Antrag der SPD-Fraktion kein Verständnis. Auch die CDU-Fraktion wolle das Mehrgenerationenhaus gerne erhalten, aber seinerzeit sei von der Verwaltung deutlich auf die fünfjährige Befristung hingewiesen worden. **Frau E. Meyer** erwidert, die SPD-Fraktion wolle Aufklärung über die weitere Entwicklung des Mehrgenerationenhauses.

Herr Sprengelmeyer meint, zum einen sei es schön, sich im Vorfeld der Beendigung einer Maßnahme nach dem weiteren Vorgehen zu erkundigen. Zum anderen sei die zeitliche Befristung für die Bezuschussung des Mehrgenerationenhauses bekannt gewesen. Er verweist auf die in der Anlage der Vorlage 15/1727 aufgeführten Projekte des Mehrgenerationenhauses und des Kulturbunkers. Das Mehrgenerationenhaus sei nur eines von vielen Projekten, deren Finanzierung nicht gesichert sei.

Herr Ouedraogo hofft, das Projekt „Mehrgenerationenhaus“ auch in der Zukunft fortlaufen lassen zu können. Das Mehrgenerationenhaus hätte zu einer Zunahme der ehrenamtlichen Tätigkeit im Kulturbunker geführt. Außerdem sei die Arbeit wieder attraktiver geworden.

Herr Schild meint, es sollte nicht nur das Emdener Mehrgenerationenhaus gesehen werden, denn seines Wissens gäbe es 500 dieser Häuser, die alle sehr erfolgreich arbeiteten. Es werde das Bestreben aller Mehrgenerationenhäuser sein, für ihren Erhalt zu kämpfen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

TOP 10 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Keine

TOP 11 Anfragen

1. Anbau Grundschule Petkum

Frau Risius erklärt, sie hätte erfahren, dass der Anbau der Grundschule Petkum nicht für den Schulunterricht, sondern anderweitig genutzt werde. **Herr Sprengelmeyer** sagt eine Antwort über das Protokoll zu.

2. Pflegefamilien – Anfrage von Frau Meinen in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 30.10.2008 (TOP 9)

Frau Meinen erinnert an ihre o. a. Anfrage. **Herr Frein** erwidert, eigentlich sei das von Frau Meinen gewünschte Projekt „Pflegefamilien“ für das Jahr 2010 angestrebt worden, aber aufgrund anderer Aktualitäten konnte dieses bisher noch nicht verwirklicht werden. Die Verwaltung werde dieses aber auf jeden Fall nachholen.

3. Wasserschaden im Stadtteilbüro

Frau E. Meyer erkundigt sich nach der Situation im Stadtteilbüro. **Herr Phillips** erklärt, der Eigentümer des Gebäudes sei über den Wasserschaden informiert worden. Versicherungstechnisch gäbe es kein Problem, so dass der Schaden jetzt repariert werden könne.

Auf Anfrage von **Frau E. Meyer** bezüglich der Feuchtigkeit in den Räumen erwidert **Herr Phillips**, dass die Trocknung der Räume zwischenzeitlich erfolgt sei.

Nicht öffentlicher Teil

Vertraulich

TOP 12 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Grix eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 13 Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Ergebnis: einstimmig

TOP 14 Genehmigung der Niederschrift Nr. 14 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.09.2008 -nichtöffentlicher Teil-

Beschluss:

Die Niederschrift Nr. 14 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.09.2008 – nichtöffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 15 Genehmigung der Niederschrift Nr. 15 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 30.10.2008 -nichtöffentlicher Teil-

Beschluss:

Die Niederschrift Nr. 15 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 30.10.2008 – nichtöffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 16 Fallaufkommen im Bereich Kinderschutz/Kindeswohlgefährdung und Krisenintervention im FD 651.2 und dessen Auswirkungen
Vorlage: 15/1732

Herr Sprengelmeyer erklärt, die nichtöffentliche Sitzung sei anberaumt worden, um den Jugendhilfeausschuss über die ansteigende Anzahl der Fälle von Kindeswohlgefährdung zu informieren. Er habe großen Respekt vor den Kolleginnen und Kollegen des FD Sozialer Dienst, die großartige Arbeit leisteten. Die Entscheidung darüber zu fällen, ob ein Kindeswohl gefährdet, akut gefährdet oder möglicherweise mit Blick in die Zukunft gefährdet sei, sei sehr schwierig, denn dies hätte zur Folge, dass Kinder evtl. aus einem Familiensystem herausgelöst werden müssten.

Herr Frein berichtet über acht Fälle von Kindeswohlgefährdung in der Zeit vom 11.08. – 14.09.2010. Hierbei sei es in erster Linie um sexuellen Missbrauch in der Familie, um Verwahrlosung oder körperliche Gewalt gegangen. **Frau E. Meyer** möchte Auskünfte zu einer betroffenen Familie. **Herr Frein** nimmt Stellung.

Herr Graf möchte wissen, inwieweit die Verwaltung bei einer weiteren Häufung der Fälle in der Lage sei, diese Fälle personell abzudecken. **Herr Frein** erwidert, dass die Stadt Emden diese Situation in der Vergangenheit schon einmal gehabt hätte. Seinerzeit sei eine entsprechende Reaktion der Verwaltung mit einer Personalaufstockung erfolgt. Außerdem werde in Kürze noch eine bislang unbesetzte Stelle neu besetzt. Er erhoffe sich daher in drei bis vier Monaten – nach

Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

der Einarbeitung des neuen Kollegen – eine Entspannung der Situation. Außerdem sei die Verwaltung durchaus bei Engpässen bereit, Professionalität von außen einzukaufen.

Herr Sprengelmeyer fügt hinzu, in der Vergangenheit hätten auch andere Fachdienste den Sozialen Dienst für eine gewisse Zeit entlastet. Kurzfristige Einstellungen von Mitarbeitern seien leider nicht möglich, denn ein professionelles Handeln sei nur möglich, wenn man über lange Zeit Erfahrungen in der Jugendhilfe gesammelt hätte.

Frau Meinen möchte wissen, ob die freie Stelle nur nicht besetzt worden sei, weil die 6-monatige Wartefrist vor der Wiederbesetzung einer Stelle einzuhalten sei. In diesem Fall plädiere sie dafür, diese Regelung im FB 600 nicht anzuwenden. **Herr Sprengelmeyer** verneint dies. Es hätte schon im Vorfeld festgestanden, dass die Stelle wiederbesetzt werden müsse. Es handle sich hierbei um die Stelle des bisherigen Heimerziehungsdienstes, die in eine Stelle der Bezirkssozialarbeit umgewandelt worden sei.

Auf Anfrage von **Frau Spannhoff**, wie die MitarbeiterInnen mit dieser Belastung umgingen, erklärt **Herr Frein**, dass die Belastung der MitarbeiterInnen sehr hoch sei. Er biete den MitarbeiterInnen außerhalb der normalen Supervision an, auch Einzelsupervisionen in Anspruch zu nehmen, um ihre Erlebnisse verarbeiten zu können. Auch an dem Krankenstand der MitarbeiterInnen könne man die hohe Belastung erkennen.

Herr Sprengelmeyer merkt bezüglich der von Herrn Frein vorgetragene Fälle an, dass auch in Emden jederzeit ein Fall mit Todesfolge auftreten könne. Auch wenn Hilfen installiert seien, könnte dieser Fall nicht ausgeschlossen werden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 17 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

K e i n e

TOP 18 Anfragen

K e i n e

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.